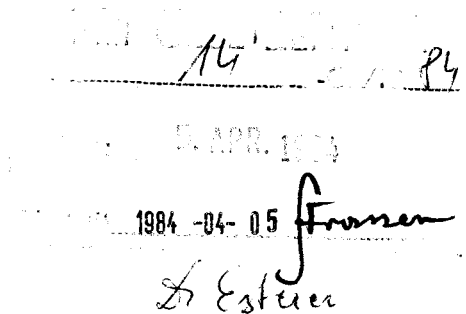


AMT DER  
VORARLBERGER LANDESREGIERUNG

PrsG-6558

Bregenz, am 27. März 1984

An das  
Bundesministerium für Handel,  
Gewerbe und Industrie

1011 W i e n

Betrifft: Energielenkungsgesetz 1982, Änderung, Entwurf,  
Stellungnahme

Bezug: Schreiben vom 22.2.1984, Zl. 50.905/3-V/1/84

Zum übermittelten Gesetzentwurf wird Stellung genommen wie folgt:  
Mit der im Art. II Z. 2 vorgesehenen Ergänzung des § 10 des Energielenkungsgesetzes 1982 soll der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie ermächtigt werden, durch Verordnung auch die Betriebsweise sowie die höchstzulässigen Emissionsgrenzwerte für Stromerzeugungsanlagen festzulegen. Ergänzend dazu bestimmt der in der Z. 5 neu vorgesehene § 14a, daß diese Verordnung nur inso-  
weit zu erlassen ist, als dies zur Sicherstellung der Versorgung mit elektrischer Energie erforderlich ist, wobei auf die Vermeidung von gefährlichen Belastungen für die Umwelt Bedacht zu nehmen ist.

Nach Auffassung der Vorarlberger Landesregierung besteht überhaupt keine Notwendigkeit zur Erlassung dieser Bestimmungen. Es kann ohne weiteres der Gesetzgebung und Vollziehung im Rahmen der gegebenen Zuständigkeiten nach dem B.-VG. überlassen bleiben, für den Fall einer Versorgungskrise erleichterte Vorschriften über die Betriebsweise und die höchstzulässigen Emissionen von Stromerzeugungsanlagen vorzusehen. Bisher hat nur Vorarlberg, und zwar mit dem Elektrizitätsversorgungsgesetz, LGBI.Nr. 31/1983, Bestimmungen

- 2 -

erlassen, die die Festsetzung von Emissionsgrenzwerten und die Festlegung von Mindestanforderungen an Brennstoffe vorsehen. Diese lassen die Berücksichtigung der besonderen Erfordernisse im Falle einer Versorgungskrise zu. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Länder im Krisenfälle aus eigenem bestrebt sein werden, zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung der Bevölkerung alle ihnen zu Gebote stehenden Möglichkeiten auszuschöpfen, ohne daß es hiez zu irgendwelcher Anstöße seitens des Bundes bedürfte.

Für die Vorarlberger Landesregierung:

gez. Dipl.-Vw. Gasser, Landesrat

- a) Allen  
Vorarlberger National- und Bundesräten
- b) An das  
Präsidium des Nationalrates  
1017 W i e n  
(22-fach)  
im Sinne des Rundschreibens des Bundeskanz-  
leramtes vom 24. Mai 1967, Zl. 22.396-2/67
- c) An das  
Bundeskanzleramt - Verfassungsdienst  
1010 W i e n
- d) An alle  
Ämter der Landesregierungen  
z.Hd.d. Herrn Landesamtsdirektors
- e) An die  
Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ. Landesregierung  
1014 W i e n
- f) An das  
Institut für Föderalismusforschung  
6020 I n n s b r u c k

zur gefl. Kenntnissnahme.

Für die Vorarlberger Landesregierung:  
Der Landesamtsdirektor:  
gez. Dr. A d a m e r

F.d.R.d.A.

*Elmer*